

Wirtschaftsleistung und Einkommen der Privaten Haushalte Bayerns im Ländervergleich

Dr. Franz Kohlhuber

Aus den Umverteilungsaktivitäten von Staat und Sozialversicherungssystemen, die sich in erster Linie nach den Einkommen der individuellen Privathaushalte richten, resultieren offensichtlich auch in regionaler Hinsicht bemerkenswerte Niveaueffekte. So werden insbesondere die Bruttoeinkommen aus unselbständiger Erwerbstätigkeit – in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen neuerdings als Arbeitnehmerentgelt bezeichnet – durch so genannte „Zwangsabgaben“ wie Lohnsteuern und Sozialbeiträge erheblich vermindert, während auf der anderen Seite vorzugsweise den nicht bzw. nicht mehr erwerbstätigen Schichten der Bevölkerung ein ganze Reihe von Sozialleistungen als Bestandteil des verfügbaren Einkommens zufließen. Im Regionalvergleich wird die soziale Struktur der Bevölkerung auf diese Weise mitbestimmend für den Saldo an geleisteten und empfangenen Transfers bzw. die Differenz zwischen den Bruttoeinkommen und den verfügbaren Einkommen. Letztere schließen bekanntlich diese Umverteilungseffekte mit ein, indem die empfangenen Sozialleistungen mit berücksichtigt sind, die geleisteten Steuern und Sozialbeiträge jedoch nicht. Im Endergebnis kommt es vor allem durch die Umverteilung zu einer deutlichen Angleichung der Einkommensverhältnisse, nicht nur zwischen West- und Ostdeutschland sondern auch zwischen den alten Ländern untereinander. Bereits im Vorfeld jedoch, im Zuge der Einkommensverteilung auf die einzelnen Einkommensbezieher, schwinden die, vor allem durch die Pendlerströme verursachten, zum Teil recht großen Unterschiede der Länder in ihrer Wirtschaftskraft. Vor allem die Stadtstaaten mit ihrer hohen Wirtschaftsleistung, bezogen auf die dort wohnende Bevölkerung, geben einen Teil der dort erwirtschafteten Einkommen über die Einpendler an ihr Umland ab. Das Bruttonationaleinkommen der Hamburger Bevölkerung liegt z.B. um über ein Viertel niedriger als das im Stadtstaat Hamburg entstandene Bruttoinlandsprodukt. Dies ist allein eine Folge der Zurechnung der Einkommen nach dem Wohnort der Empfänger. Auch die im volkswirtschaftlichen Kreislauf folgende Verteilung der gesamtwirtschaftlichen Einkommen auf die einzelnen Sektoren, allem voran den Haushaltssektor, führt zu Verschiebungen im regionalen Vergleich der unterschiedlich definierten Einkommensniveaus.

Entwicklung
der Lohn- und
-gehaltsein-
kommen diver-
giert je nach
Betrachtungs-
weise

Neben dem Niveau und der Entwicklung der Wirtschaftsleistung – üblicherweise dargestellt anhand des Bruttoinlandsprodukts – steht auch das im Wirtschaftskreislauf erzielte Einkommen und dessen Verteilung dauerhaft im Blickpunkt der politischen und wissenschaftlichen Diskussion. Darüber hinaus, so ist schwer nachvollziehbar, genießt gerade das Schlagwort „Einkommen“ eine bevorzugte Stellung in der öffentlichen Diskussion – sei es verstanden als (subjektiv mehr oder minder gerecht empfundenes) Maß für die Entlohnung geleisteter Arbeit oder gemeinhin als Indikator für monetären Wohlstand. Doch schon aufgrund der Verschiedenartigkeit der Definitionen ist hier Vorsicht angebracht. Schließlich existieren vielerlei sehr unterschiedliche Einkom-

mensbegriffe nebeneinander, ihre Interpretation ist kontextabhängig und insofern oft auch „dehnbar“.

Weithin unbestritten herrscht in jedem Fall die Überzeugung, dass „der Staat“ zuviel vom Bruttoeinkommen verschlingt und dass trotz längerfristig steigender wirtschaftlicher Leistung schon seit langem nur wenig oder gar kein Einkommenszuwachs mehr zu verzeichnen ist. Aus Sicht der Lohnempfänger findet dieser Aspekt seinen statistischen Niederschlag in der Entwicklung der Löhne und Gehälter, insbesondere, wenn man sie netto – nach Abzug von Steuern und Sozialbeiträgen – betrachtet. Und wenn man dann noch die allgemeine Teuerung einrechnet, dann erhöh-

ten sich die realen Nettolöhne pro Beschäftigten bundesweit betrachtet tatsächlich schon lange nicht mehr, sondern gingen sogar deutlich zurück.

Bei einem Wirtschaftswachstum in Bayern im Zeitraum 1991 bis 2003 von nominal 47,1%, dargestellt am Bruttoinlandsprodukt, erhöhten sich die Erwerbseinkommen aller im Freistaat wohnhaften Arbeitnehmer zusammen in zwölf Jahren brutto um 36,5% und netto um 25,4%¹. Je Kopf der Arbeitnehmerschaft betrachtet errechnet sich daraus ein durchschnittlicher Anstieg der Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit um 32,9%, netto verblieben davon nur 22,1%. Auf die gesamte Bevölkerung Bayerns umgerechnet betrug das durchschnittliche Arbeitnehmereinkommen im Jahr 1991 brutto 11 799 Euro, 2003 waren es 14 978 Euro. Der Pro-Kopf-Zuwachs dieser, weiten Teilen der Bevölkerung und sieben von acht Erwerbstätigen zufließenden Einkommensart würde so gesehen brutto 26,9 % ausmachen, netto wären es 16,6 %².

Während dessen betrug der Anstieg des Preisindex für die Lebenshaltung stattdessen 25,6%. Vor dem Hintergrund der Verteuerung der Lebenshaltung verloren also die Nettolöhne der Arbeitnehmer seit 1991 im Durchschnitt um 2,8% an „Kaufkraft“. Je Einwohner betrug die Wertminderung der Nettolöhne und -gehälter durchschnittlich sogar 7,2%, während die Wirtschaftsleistung pro Kopf der Bevölkerung, also das Bruttoinlandsprodukt je Einwohner, preisbereinigt immerhin um 13,5% wuchs. Eine beträchtliche „Schere“ von über 20% in der Entwicklung von Leistung und Einkommen der Bürger zeichnet sich also ab.

Völlig anders als die unmittelbar aus Erwerbstätigkeit erzielten Einkommen haben sich zwei andere „Einkommensarten“ entwickelt, nämlich die so genannten Sekundäreinkommen, die dem staatlichen Umverteilungsapparat entspringen, und die Vermögenseinkommen (Zinsen, Dividenden u.ä.). Die monetären sozialen Leistungen erhöhten sich in der Summe um nominal 76,0%, mehr doppelt so stark wie die Bruttoeinkommen der Arbeitnehmer und ungefähr dreimal so stark wie deren Nettoeinkommen. Pro Kopf der Bevölkerung erhöhten sich diese Aufwendungen, welche überwiegend für die Altersversorgung, die hohe Arbeitslosigkeit und das weitere soziale Sicherungssystem benötigt werden, um 63,6%. Die andere der genannten Einkommensarten erhöhte sich allerdings exakt genau so stark. Die Vermögenseinkommen, legten (saldiert um geleistete Schuldzinsen) insgesamt um 75,9% bzw. je Einwohner um 63,6% zu.

Damit stellen zwar die Erwerbseinkommen der Arbeitnehmer 2003 mit einem Anteil von 70,4% nach wie vor die größte Komponen-

te der gesamten Primär- bzw. Bruttoeinkommen dar, doch dadurch dass auf ihnen die Hauptlasten des Steuer- und Sozialsystems ruhen, reduziert sich ihr Gewicht (netto) bezogen auf das verfügbare Einkommen beträchtlich, nämlich auf 44,5%. Alle übrigen „primären“ Einkommensarten (darunter insbesondere die Vermögenseinkommen) einerseits und die Transferleistungen andererseits bestimmen also seit geraumer Zeit verstärkt die verfügbaren Einkommen der Privaten Haushalte und deren Entwicklung.

Regionale Effekte der Einkommensverteilung und –umverteilung

Im Folgenden soll nun gezeigt werden, welche Effekte Einkommensverteilung und –umverteilung auch in regionaler Hinsicht bewirken, ohne dass sich die gesamtdeutsche Proportion zwischen Inlandsprodukt und verfügbarem Einkommen nennenswert veränderte (Wie anschließend gezeigt wird, entwickelten sich beide Größen über längere Zeit betrachtet in etwa parallel). Dabei soll ausgegangen werden vom Bruttoinlandsprodukt als dem gesamtwirtschaftlichen Leistungsmaß schlechthin. Da die Erwerbs- und Vermögenseinkommen aufgrund der überregionalen Verflechtung von Arbeit (Pendler) und vor allem wohl von Kapital häufig in andere Regionen fließen, als dort wo die Wirtschaftsleistung entsteht, wird dem Bruttoinlandsprodukt zunächst das Bruttonationaleinkommen gemäß der „Heimatregion“ der Erwerbstätigen und Kapitaleigner gegenübergestellt, um anschließend in Gestalt der Primäreinkommen den Anteil der Privaten Haushalte am Volkseinkommen in Augenschein zu nehmen. Abschließend soll noch auf die regionalen Auswirkungen der Einkommensumverteilung im Rahmen unseres komplexen Steuer- und Sozialsystems eingegangen werden.

Als Ausgangsjahr für Zeitvergleiche diente das Jahr 1991, welches häufig als „Startjahr“ für statistische Datenreihen dient, da es das erste volle „Statistik-Jahr“ nach der deutschen Wiedervereinigung am 3. Oktober 1990 darstellt. Ansonsten wird bevorzugt auf die (gegenwärtig aktuellsten) Einkommensdaten des Jahres 2003 zurückgegriffen, welche die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen auf Länderebene anzubieten haben. Konkret ins Auge gefasst wird also die Entwicklung von Bruttoinlandsprodukt, Bruttonationaleinkommen, Volkseinkommen und Haushaltseinkommen im Laufe der zwölf Jahre von 1991 bis 2003, wobei bei den Einkommen der Privathaushalte noch die Unterscheidung zwischen Primär- bzw. Bruttoeinkommen und verfügbarem Einkommen

¹ Bei der Berechnung der Nettolöhne und -gehälter wird unterstellt, dass der auf die Arbeitnehmereinkommen entfallende Anteil am Gesamtaufkommen an direkten Steuern und Sozialbeiträgen in Bayern jeweils dem Bundesdurchschnitt entspricht (ein untergeordneter Anteil davon wird in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen anderen Einkommensarten zugerechnet, wie z.B. den Selbständigen- und Vermögenseinkommen).

² Trotz erheblicher Zunahme geringfügiger Beschäftigungsverhältnisse erreichte der Anstieg der Arbeitnehmerzahl in Bayern von 1991 bis 2003 nur 2,7%. Er blieb damit erheblich hinter dem Bevölkerungswachstum von 7,6% zurück.

getroffen wird. Verkürzt ausgedrückt soll der Frage nachgegangen werden: „Wie und in welchem Umfang kommt der Bevölkerung der Bundesländer die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit ihres „Wirtschaftsstandorts“ zugute, welcher Gegenwert resultiert für sie als (verfügbares) Einkommen?“

Vorsprung Bayerns beim Wirtschaftswachstum größer als beim verfügbaren Einkommen

Die Originalzahlen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung erscheinen zunächst ebenso klar wie nüchtern: Die Wirtschaftsleistung, dargestellt (hier am nominalen) Bruttoinlandsprodukt, betrug in Bayern im Jahr 2003 375 952 Millionen Euro, das Verfügbare Einkommen der Privaten Haushalte erreichte 216 974 Millionen Euro; das waren 57,7% des Inlandsprodukts. Zwölf Jahre vorher, im Jahr 1991 war die Relation zwischen beiden Größen aus Sicht der Bevölkerung insgesamt etwas „günstiger“, sie betrug nämlich 59,5%. Das Bruttoinlandsprodukt ist innerhalb von zwölf Jahren mit 47,1% gegenüber 42,7% (Verfügbares Einkommen der Privaten Haushalte) merklich stärker gestiegen. Da Bayern unter den alten Bundesländern in dieser Zeit das mit Abstand höchste Wirtschaftswachstum aufwies, erhöhten sich erwartungsgemäß auch die Verfügbaren Einkommen der bayerischen Bevölkerung überdurchschnittlich. Der Durchschnitt der alten Bundesländer (ohne Berlin) lag anstelle der 42,7% „nur“ bei 39,7%. Der „Wachstumsvorsprung“ Bayerns war also beim Bruttoinlandsprodukt mit 47,1% gegenüber 35,7% im Länderdurchschnitt sehr viel ausgeprägter als beim Verfügbaren Einkommen.

Stark relativiert werden diese relativ hohen Steigerungsraten allgemein durch die Berücksichtigung der Preisentwicklung. In konstanten Preisen betrachtet verringert sich der Anstieg der Wirtschaftsleistung in Bayern auf 22,1% und in den alten Ländern auf 13,3%. Würde man die Verfügbaren Einkommen anhand des allgemeinen Preisindex für die Lebenshaltung (Anstieg 1991/2003: 25,6%) deflationieren, so bliebe für die Realeinkommen der Haushalte in Bayern noch ein Zuwachs von 13,6% (Durchschnitt der alten Länder: 11,9%, bei Preisindex +24,8%).

Bei den soeben genannten Zahlen handelt es sich um volkswirtschaftliche Gesamtaggregate, also ein Konglomerat aus einer großen Zahl von vielen Millionen allein oder in Haushaltsgemeinschaften lebender Individuen. Wenn man nun die Wohnbevölkerung und deren Entwicklung in die Betrachtung mit ein bezieht, so ergibt sich aus dem zeitlichen und regionalen Vergleich von Aggregaten sehr schnell ein anderes Bild wenngleich es sich weiterhin natürlich auch nur um einfache Durchschnittswerte handelt, welche mikroökonomische oder soziografische Verteilungs- oder Streuungsaspekte nach wie vor unberücksichtigt lassen. Dennoch eröffnet allein die Normierung der Summendaten anhand der Wohnbevöl-

kerung in Gestalt der Bildung so genannter Pro-Kopf-Werte in vielerlei Hinsicht eine völlig neue Betrachtungsweise.

So reduziert sich z.B. die Entwicklung der realen Pro-Kopf-Einkommen in Bayern auf 5,6% und im Durchschnitt der alten Länder auf 5,0%, jeweils über den Zwölf-Jahres-Zeitraum von 1991 bis 2003 hinweg betrachtet. Mit 7,6% wuchs die Wohnbevölkerung im Freistaat überdurchschnittlich (alte Länder: 5,9%). Und angesichts eines (preisbereinigten) Wirtschaftswachstums von 22,1% bzw. einem Anstieg der Pro-Kopf-Leistung um 13,5% fällt der individuelle monetäre Wohlstandsgewinn der bayerischen Bevölkerung mit 5,6% relativ gering aus. Die Steigerung der Verfügbaren Pro-Kopf-Einkommen von real 5,0% im Durchschnitt der alten Länder bleibt hingegen nur relativ wenig hinter dem Anstieg des Inlandsprodukts je Einwohner von 7,0% zurück.

Die genannten Entwicklungstendenzen und die dabei entstehenden regionalen Divergenzen sind im Wesentlichen Folge eines umfassenden wirtschafts- und sozialpolitisch fundierten Verteilungs- und Umverteilungsprozesses. Darüber hinaus gibt es aber auch recht einfache und naheliegende Einflußfaktoren, die das Auseinanderlaufen von „Wirtschaftskraft“ und „Haushaltseinkommen“ erklären können. So wird etwa das Bruttoinlandsprodukt, als Produktionsindikator, in regionaler Hinsicht naturgemäß dessen Entstehungsort (der Produktionsstätte bzw. dem Arbeitsort) zugeordnet, das Verfügbare Haushaltseinkommen hingegen dem Wohnort der Einkommensempfänger. Pendlerverflechtung und Kapitaleinkommen aus/an andere(n) Regionen sorgen somit für teilweise gehörige regionale Verschiebungen, vor allem zwischen den wirtschaftlichen Zentren und deren Umland oder im Fall der drei deutschen Stadtstaaten und den sie umgebenden Flächenländern. Aber darüber hinaus sorgen eben auch massive Umverteilungsaktivitäten des staatlichen Sektors, das sind Bund Länder, Kommunen und Sozialversicherung, für einen monetären Nivellierungseffekte zwischen den Regionen und eine qualitative Annäherung der Lebensverhältnisse.

Die finanziellen Ausgleichsmaßnahmen sind sowohl auf Ebene der Bundesländer und Kommunen horizontal oder vertikal (insofern beide Male als „Finanzausgleich“ innerhalb des Staatssektor selbst), als auch auf individueller Ebene von Personen und Haushalten von Belang. Erstere bewirken in regionaler Hinsicht direkt zwischen staatlichen „Institutionen“ relevante, zweite indirekte und durch Strukturunterschiede in einzelwirtschaftlicher und sozialer Hinsicht hervorgerufene Anpassungseffekte. Hier soll nur auf letztere eingegangen werden, also auf die indirekten, allein durch den volkswirtschaftlichen Verteilungs- und Umverteilungsprozess bewirkten Einflüsse auf die Einkommen der Privathaushalte, wie

Ausgewählte Aggregate der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen nach Bundesländern 1991 und 2003

Jahr — Veränderung	Schleswig- Holstein	Hamburg	Nieder- sachsen	Bremen	Nordrhein- Westfalen	Hessen	Rheinland- Pfalz	Baden- Württem- berg	Bayern	Saarland	Alte Länder ohne Berlin
A) Werte in Euro je Einwohner (Pro-Kopf-Werte)											
Bruttoinlandsprodukt (nominal)											
1991	18 771	33 057	18 573	26 191	20 774	24 055	18 887	22 944	22 178	18 965	21 583
2003	23 106	44 291	22 773	34 937	25 986	31 220	22 963	29 243	30 324	23 752	27 659
VÄ in %	23,1	34,0	22,6	33,4	25,1	29,8	21,6	27,5	36,7	25,2	28,2
Bruttonationaleinkommen											
1991	20 309	25 799	19 511	24 479	21 161	22 561	20 048	23 038	22 006	17 763	21 549
2003	24 811	33 518	24 433	29 741	26 542	29 073	24 789	29 487	28 732	24 225	27 410
VÄ in %	22,2	29,9	25,2	21,5	25,4	28,9	23,6	28,0	30,6	36,4	27,2
Volkseinkommen (Nettonationaleinkommen zu Faktorkosten aller volksw. Sektoren)											
1991	15 778	19 245	15 033	18 570	16 381	16 847	15 229	17 659	16 630	13 184	16 463
2003	18 631	22 796	18 354	20 978	20 149	21 148	18 614	22 110	21 032	17 784	20 389
VÄ in %	18,1	18,5	22,1	13,0	23,0	25,5	22,2	25,2	26,5	34,9	23,8
Primäreinkommen der Privaten Haushalte											
1991	15 659	18 554	14 892	18 136	16 189	16 147	15 076	17 362	16 375	13 003	16 191
2003	18 964	22 739	18 700	21 158	20 465	20 964	18 962	22 377	21 275	18 109	20 632
VÄ in %	21,1	22,6	25,6	16,7	26,4	29,8	25,8	28,9	29,9	39,3	27,4
"Transfersaldo" (von Priv. Haushalten empfangene abzgl. geleistete Transfers)											
1991	- 2 654	- 3 121	- 2 445	- 2 229	- 2 687	- 3 252	- 2 639	- 3 607	- 3 186	- 1 638	- 2 935
2003	- 2 424	- 3 742	- 2 279	- 1 693	- 2 718	- 3 749	- 2 699	- 3 960	- 3 773	- 1 837	- 3 151
VÄ in %
Verfügbares Einkommen der Privaten Haushalte											
1991	13 005	15 433	12 447	15 906	13 502	12 896	12 436	13 755	13 189	11 365	13 256
2003	16 541	18 997	16 422	19 465	17 747	17 215	16 263	18 417	17 501	16 272	17 482
VÄ in %	27,2	23,1	31,9	22,4	31,4	33,5	30,8	33,9	32,7	43,2	31,9
B) Normierte Werte (Alte Bundesländer ohne Berlin = 100)											
Bruttoinlandsprodukt (nominal)											
1991	87,0	153,2	86,1	121,4	96,3	111,5	87,5	106,3	102,8	87,9	100
2003	83,5	160,1	82,3	126,3	94,0	112,9	83,0	105,7	109,6	85,9	100
Bruttonationaleinkommen											
1991	94,2	119,7	90,5	113,6	98,2	104,7	93,0	106,9	102,1	82,4	100
2003	90,5	122,3	89,1	108,5	96,8	106,1	90,4	107,6	104,8	88,4	100
Volkseinkommen (Nettonationaleinkommen zu Faktorkosten aller volksw. Sektoren)											
1991	95,8	116,9	91,3	112,8	99,5	102,3	92,5	107,3	101,0	80,1	100
2003	91,4	111,8	90,0	102,9	98,8	103,7	91,3	108,4	103,2	87,2	100
Primäreinkommen der Privaten Haushalte											
1991	96,7	114,6	92,0	112,0	100,0	99,7	93,1	107,2	101,1	80,3	100
2003	91,9	110,2	90,6	102,5	99,2	101,6	91,9	108,5	103,1	87,8	100
"Transfersaldo" (von Priv. Haushalten geleistete abzgl. empfangene Transfers)											
1991	90,4	106,3	83,3	76,0	91,6	110,8	89,9	122,9	108,6	55,8	100
2003	76,9	118,8	72,3	53,7	86,3	119,0	85,7	125,7	119,8	58,3	100
Verfügbares Einkommen der Privaten Haushalte											
1991	98,1	116,4	93,9	120,0	101,9	97,3	93,8	103,8	99,5	85,7	100
2003	94,6	108,7	93,9	111,3	101,5	98,5	93,0	105,3	100,1	93,1	100

sie sich im Rahmen der regionalen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung darstellen. Die direkten Finanzströme und Finanzausgleichsmaßnahmen zwischen den staatlichen Ebenen sowie zwischen den Ländern bleiben demzufolge außer Betracht.

Bruttoinlandsprodukt und Bruttonationaleinkommen

Da absolute Zahlengrößen, wie sie eingangs als Millionen-Euro-Beträge verschiedentlich genannt wurden, Vergleiche nur in zeitlicher Hinsicht, dabei allerdings jeweils nur für ein und die selbe Region, ermöglichen, und aussagefähige Regionalvergleiche aufgrund der unterschiedlichen Regionsgrößen erst mit Hilfe geeig-

netter Normierungsverfahren möglich sind, werden im Folgenden sämtliche Daten als „Pro-Kopf-Größen“ dargestellt. Das heißt, der unterschiedlichen Größe der Regionen wird pauschal durch die Normierung der Absolutwerte anhand der Einwohnerzahl Rechnung getragen. Darüber hinaus kann man diese Pro-Kopf-Werte natürlich noch zusätzlich in Relation zu einer weiteren Norm setzen, etwa indem man die Kennziffer einer der Regionen quasi als „Meßlatte“ mit dem Wert „100 (%)“ belegt.

Bayern erreichte bei dieser Betrachtungsweise im Jahr 2003 bezogen auf sein nominales Bruttoinlandsprodukt eine Messzahl von

Noch: Ausgewählte Aggregate der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen nach Bundesländern 1991 und 2003

Jahr — Veränderung	Brandenburg	Mecklenburg- Vorpommern	Sachsen	Sachsen- Anhalt	Thüringen	Neue Länder ohne Berlin	Berlin	Deutsch- land
A) Werte in Euro je Einwohner (Pro-Kopf-Werte)								
Bruttoinlandsprodukt (nominal)								
1991	7 451	7 334	7 379	6 998	6 444	7 146	17 851	18 781
2003	17 191	16 888	17 984	17 723	17 411	17 544	22 651	25 790
VÄ in %	130,7	130,3	143,7	153,3	170,2	145,5	26,9	37,3
Bruttonationaleinkommen								
1991	8 943	8 095	8 074	7 900	8 021	8 186	16 630	18 893
2003	18 714	17 490	18 123	17 472	18 216	18 049	21 320	25 621
VÄ in %	109,3	116,0	124,5	121,2	127,1	120,5	28,2	35,6
Volkseinkommen (Nettonationaleinkommen zu Faktorkosten aller volksw. Sektoren)								
1991	7 655	6 805	6 819	6 603	6 897	6 935	13 471	14 591
2003	14 009	12 787	13 153	12 622	13 556	13 240	15 590	19 017
VÄ in %	83,0	87,9	92,9	91,2	96,6	90,9	15,7	30,3
Primäreinkommen der Privaten Haushalte								
1991	7 795	6 948	6 935	6 747	7 047	7 071	13 173	14 393
2003	14 524	13 298	13 609	13 128	14 050	13 730	15 937	19 305
VÄ in %	86,3	91,4	96,2	94,6	99,4	94,2	21,0	34,1
"Transfersaldo" (von Priv. Haushalten empfangene abzgl. geleistete Transfers)								
1991	71	195	513	495	433	376	- 1 210	- 2 255
2003	- 79	447	906	949	326	566	- 1 277	- 2 463
VÄ in %
Verfügbares Einkommen der Privaten Haushalte								
1991	7 866	7 144	7 448	7 242	7 480	7 447	11 963	12 138
2003	14 445	13 745	14 515	14 078	14 376	14 297	14 660	16 842
VÄ in %	83,6	92,4	94,9	94,4	92,2	92,0	22,5	38,8
B) Normierte Werte (Alte Bundesländer ohne Berlin = 100)								
Bruttoinlandsprodukt (nominal)								
1991	34,5	34,0	34,2	32,4	29,9	33,1	82,7	87,0
2003	62,2	61,1	65,0	64,1	62,9	63,4	81,9	93,2
Bruttonationaleinkommen								
1991	41,5	37,6	37,5	36,7	37,2	38,0	77,2	87,7
2003	68,3	63,8	66,1	63,7	66,5	65,8	77,8	93,5
Volkseinkommen (Nettonationaleinkommen zu Faktorkosten aller volksw. Sektoren)								
1991	46,5	41,3	41,4	40,1	41,9	42,1	81,8	88,6
2003	68,7	62,7	64,5	61,9	66,5	64,9	76,5	93,3
Primäreinkommen der Privaten Haushalte								
1991	48,1	42,9	42,8	41,7	43,5	43,7	81,4	88,9
2003	70,4	64,5	66,0	63,6	68,1	66,5	77,2	93,6
"Transfersaldo" (von Priv. Haushalten geleistete abzgl. empfangene Transfers)								
1991	- 2,4	- 6,7	- 17,5	- 16,9	- 14,7	- 12,8	41,2	76,8
2003	2,5	- 14,2	- 28,8	- 30,1	- 10,4	- 18,0	40,5	78,2
Verfügbares Einkommen der Privaten Haushalte								
1991	59,3	53,9	56,2	54,6	56,4	56,2	90,2	91,6
2003	82,6	78,6	83,0	80,5	82,2	81,8	83,9	96,3

109,6, bezogen auf den Durchschnitt der alten Bundesländer (= 100). Bezogen auf Gesamtdeutschland, also unter Einbeziehung der neuen Länder und Berlins käme der Freistaat auf einen Wert von 117,6. Zwölf Jahre früher lagen die Verhältnisse noch etwas anders. 1991 hatte Bayern im Vergleich mit den alten Ländern (ohne Berlin) nur ein Niveau von 102,8 erreicht und im gesamtdeutschen Vergleich 118,1. Der Aufholprozess der neuen Länder in der ersten Hälfte der 90er Jahre war naturgemäß in ganz Deutschland mit erheblichen Nivellierungseffekten verbunden. Gemessen am Bruttoinlandsprodukt je Einwohner hat jedoch der Freistaat im Laufe der letzten zwölf Jahre Baden-Württemberg von Rang vier hinter

den beiden Stadtstaaten Hamburg und Berlin sowie hinter Hessen verdrängt. Natürlich „hinkt“ dieser Vergleich in der Hinsicht, dass bei der Kennziffer „Bruttoinlandsprodukt je Einwohner“ die räumliche Zuordnung von Wirtschaftsleistung (Arbeitsort) und Einwohnerzahl (Wohnort) auseinander fällt. So muss diese Kennziffer bei Ländern mit hohem Einpendlerüberhang, wie beispielsweise bei den Stadtstaaten Hamburg und Bremen, als besonders „interpretationsbedürftig“ erscheinen³.

³ Nichtsdestoweniger könnte man von einer überproportionalen räumlichen Ballung der Wirtschaftsleistung im Verhältnis zur Bevölkerungsdichte sprechen, eine Kenngröße die durchaus auch als Wirtschaftskraftindikator interpretiert werden kann.

Zum Teil erheblicher Niveauunterschied je nach Arbeitsort oder Wohnortbezug

Im Gegensatz zum Bruttoinlandsprodukt finden sich bei der Kennziffer „Bruttonationaleinkommen je Einwohner“ kompatible räumliche Zuordnungen von Zähler und Nenner wieder. Der Abfluß von Primäreinkommen (aus Erwerbstätigkeit und Vermögen) aus der Region ihrer Entstehung vermindert deren Bruttonationaleinkommen gegenüber dem Inlandsprodukt. Umgekehrt erhöht sich das Bruttonationaleinkommen durch den Zufluß von Primäreinkommen aus anderen Regionen (in die „Wohnsitzregion“). Im Fall von Bayern als einem großen Flächenland mit zentral gelegenen Ballungsräumen um München, Nürnberg oder Augsburg beschränken sich die die Landesgrenzen überschreitenden Einkommensströme und insbesondere deren Saldo – gemessen an der gesamten Wirtschaftsleistung – auf ein sehr viel geringeres Maß als in Hamburg, Bremen oder auch Hessen. Das Bruttonationaleinkommen Bayerns lag 2003 um 5,2% niedriger als das Bruttoinlandsprodukt, 1991 waren es sogar nur 0,8% gewesen. Im Vergleich dazu „verloren“ Hamburg 2003 um 24,3%, Bremen 14,9% und Hessen 6,9% des dort erwirtschafteten Inlandsprodukts an die „übrige Welt“, insbesondere natürlich aufgrund der Pendlerverflechtung an die umliegenden Bundesländer. Am stärksten unter den alten Ländern gewannen Rheinland-Pfalz (+8,0%), Schleswig-Holstein (+7,4%) und Niedersachsen (+7,3%) an gesamtwirtschaftlichen Primäreinkommen hinzu. Die neuen Bundesländer (ohne Berlin) wiesen ausnahmslos ein im Vergleich zum Inlandsprodukt höheres Bruttonationaleinkommen auf, was vor allem auf den dortigen Auspendlerüberhang zurückzuführen ist.

Bruttonationaleinkommen und Primäreinkommen der Privaten Haushalte

Vom Bruttonationaleinkommen bis zu den Primäreinkommen der Privaten Haushalte durchläuft die gesamtwirtschaftliche Einkommensverteilung einen mehrstufigen Prozess der Transformation. Zunächst werden die Abschreibungen aus der „Verteilungsmasse“ ausgesondert, um der Wertminderung des Anlagevermögens Rechnung zu tragen und gemäß dem Substanzerhaltungsprinzip eine adäquate Wiederbeschaffung (durch Ersatzinvestitionen) sicherzustellen. Sodann werden aus dem verbleibenden Nettonationaleinkommen die „Primäreinkommen“ der Sektoren Staat und Kapitalgesellschaften abgetrennt, so dass schließlich die Primäreinkommen der Privaten Haushalte übrig bleiben. Bei den Primäreinkommen der (finanziellen und nichtfinanziellen) Kapitalgesellschaften handelt es sich um einbehaltene/nicht ausgeschüttete Gewinne, die Primäreinkommen des Staates setzen sich zusammen zum einen aus den Produktions- und Import abgaben abzüglich der Subventionen und zum anderen aus dem (aufgrund der hohen Staatsverschuldung negativen) Saldo aus empfangenen und geleisteten Vermögenseinkommen.

Um den Zusammenhang der einzelnen Aggregate der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen transparent zu machen, kann man auf das folgende Schema zurückgreifen:

Bruttoinlandsprodukt

+ Zufluß / - Abfluß an Primäreinkommen über die regionale Grenze

= Bruttonationaleinkommen

- Abschreibungen

= Nettonationaleinkommen

- Produktions- und Importabgaben /+ Subventionen

= Volkseinkommen

- Primäreinkommen der Kapitalgesellschaften (einbehaltene Gewinne)

- (Restliche) Primäreinkommen des Staates (z.B. Schuldzinsen / negativ)

= Primäreinkommen der Privaten Haushalte

- Geleistete Transfers (z.B. Direkte Steuern, AG-/AN-Sozialbeiträge)

+ Empfangene Transfers (z.B. Soziale Leistungen)

= Verfügbares Einkommen der Privaten Haushalte

Von einem Bruttonationaleinkommen in Höhe von 28 732 Euro je Einwohner verblieben der bayerischen Bevölkerung nach Durchlaufen des Einkommensverteilungsprozesses im Jahr 2003 je Kopf noch 21 275 Euro an Primäreinkommen. Dieser Betrag lag noch um 3,1% über dem Durchschnitt der alten Länder, beim Bruttonationaleinkommen hatte der Vorsprung noch 4,8% betragen. An der Spitze lag bei den Primäreinkommen je Einwohner Hamburg mit 110,2% des Durchschnitts der alten Länder, gefolgt von Baden-Württemberg mit 108,5% und Bremen mit 102,5%. Diese drei Länder lagen allerdings auch beim Bruttonationaleinkommen mehr oder minder deutlich vor Bayern (Hamburg: 122,3%, Bremen 108,5%, Baden-Württemberg: 107,6%, Bayern: 104,8%). Deutlich hinter dem Durchschnitt zurück blieben bei beiden Pro-Kopf-Größen das Saarland mit 88,4% beim Bruttonationaleinkommen und 87,8% beim Primäreinkommen der Privathaushalte, außerdem Niedersachsen (89,1 bzw. 90,6%), Rheinland-Pfalz (90,4 bzw. 91,9%) und Schleswig-Holstein (90,5 bzw. 91,9%).

Primäreinkommen und Verfügbares Einkommen der Privaten Haushalte

Primäreinkommen und Verfügbares Einkommen unterscheiden sich im Wesentlichen durch die dazwischen gelagerten Umverteilungsaktivitäten, insbesondere derer des Staates, einschließlich der Sozialversicherung. Zum Teil handelt es sich um die Abschöpfung finanzieller Mittel durch den Staat, z. B. in Gestalt direkter Steuern, welche dazu dienen, die Wahrnehmung öffentlicher Auf-

Einkommensverteilung und -umverteilung nivelliert regionale Niveauunterschiede

gaben zu finanzieren. Dieser Ausgabenblock, der nicht in monetärer Form, sondern teilweise als Sachleistung (z.B. Bildungs-, Gesundheitswesen) an Private Haushalte zurückfließt, blieb anteilmäßig am Bruttoinlandsprodukt unverändert. Zum weit überwiegenden Teil dienen die abgeschöpften Mittel aber auch „echten“ Umverteilungsaktivitäten im Rahmen der Solidargemeinschaft, die de jure primär individualorientiert sind, de facto jedoch auch regionale Effekte auslösen. So unterscheidet sich beispielsweise der Kreis der Empfänger von Transfer- bzw. Sozialleistungen signifikant vom Kreis der Primäreinkommensbezieher, welche durch Steuern und Sozialbeiträge diese Leistungen „finanzieren“. Regionen mit hoher Arbeitslosigkeit erhalten rein statistisch betrachtet somit beispielsweise in doppelter Hinsicht einen Ausgleich: erstens fallen dort insgesamt weniger Beiträge zur Arbeitslosenversicherung an und zweitens fließen dorthin überproportionale Leistungen aus diesem Versicherungssystem. Dies ist natürlich nur als eine von vielen Facetten eines durch konkurrierende und komplementäre Regelungen geprägten und in der Bilanz letztlich wohl unüberschaubaren Steuer- und Sozialsystems zu sehen.

Im Zuge der Umverteilung verlieren manche der alten Bundesländer über ein Sechstel ihrer Primäreinkommen (Hessen: -17,9%, Baden-Württemberg und Bayern: -17,7%; Durchschnitt alte Länder: -15,3%; Deutschland: -12,8%), bei den neuen Ländern übertreffen die von der Bevölkerung empfangenen die geleisteten Transfers hingegen, so dass dort im Durchschnitt die verfügbaren Einkommen sogar etwas höher liegen als die Primäreinkommen (+ 4,1 %). Niedrigere Steuern und Sozialbeiträge pro Kopf, auch aufgrund des unterdurchschnittlichen Einkommensniveaus, und überdurchschnittliche Sozialleistungen (z.B. aufgrund höherer Arbeitslosigkeit in der Bevölkerung) dürften als Hauptursachen hierfür zu sehen sein.

Der Vergleich der Bundesländer untereinander wird auch innerhalb des früheren Bundesgebiets nachhaltig von den regionalen Auswirkungen der Einkommensumverteilung im Haushaltssektor geprägt. Das höchste Niveau an verfügbarem Einkommen erzielten 2003 die Bewohner der Stadtstaaten Hamburg und Bremen. Allerdings fiel Hamburg – gemessen am Durchschnitt der alten

Abb. 1 **Bruttoinlandsprodukt, Bruttonationaleinkommen und Einkommen der Privathaushalte je Einwohner in den Ländern Deutschlands 2003**

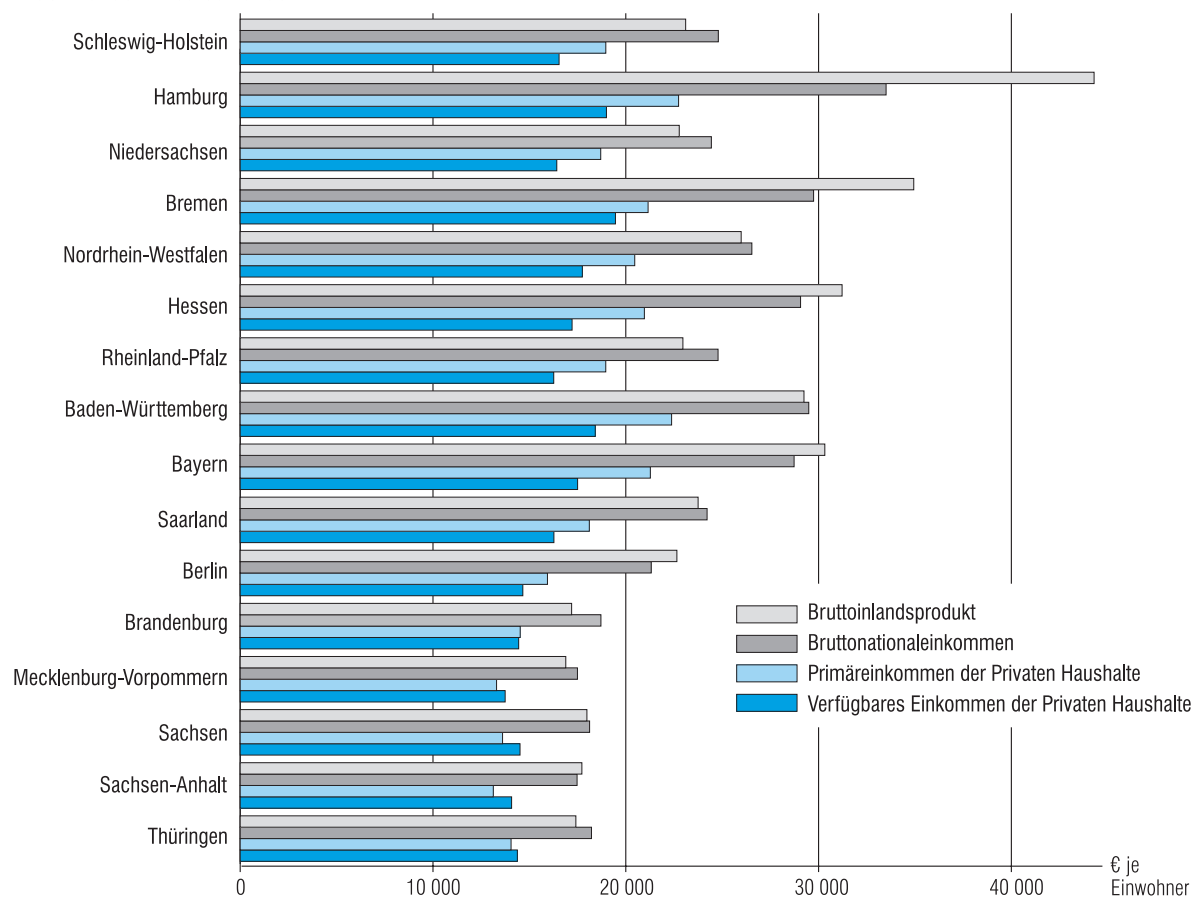
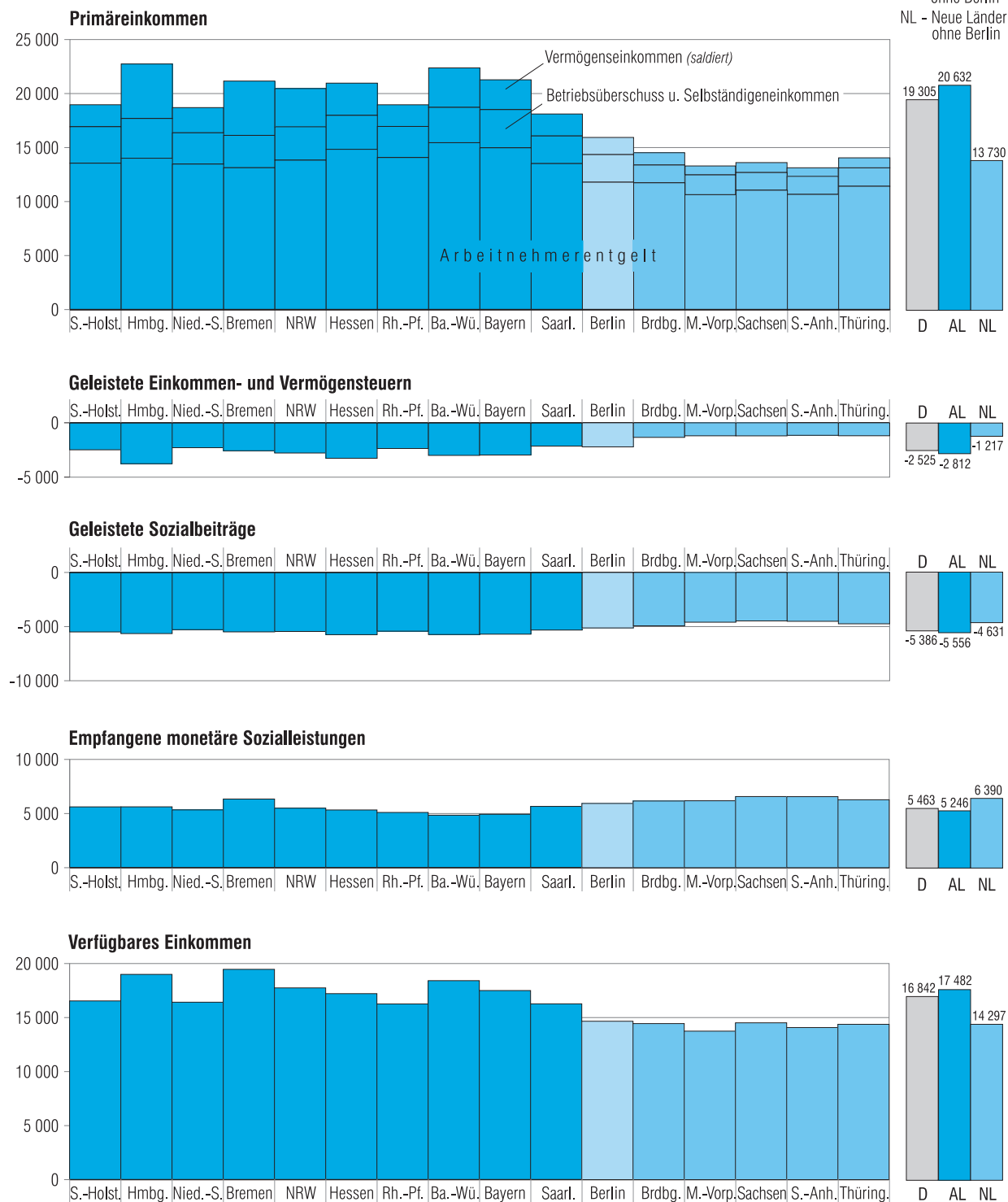


Abb. 2 **Regionale Umverteilungseffekte im Jahr 2003***
Jeweils in Euro je Einwohner

Durchschnittswerte:
D - Deutschland
AL - Alte Länder
ohne Berlin
NL - Neue Länder
ohne Berlin



* Nicht dargestellt sind die empfangenen und geleisteten sonstigen Transfers, die sich zu einem unerheblichen positiven bzw. negativen Betrag saldieren.

Bundesländer – leicht von 110,2% beim Primäreinkommen auf 108,7% beim Verfügbaren Einkommen zurück, während sich Bremen von 102,5 auf 111,3% verbesserte und somit am stärksten unter den westdeutschen Ländern von der Umverteilung „profitierte“. Daneben stellte sich noch in einigen anderen Ländern Westdeutschlands die Einkommenssituation nach Umverteilung im Vergleich deutlich günstiger dar als vorher. Insbesondere dort, wo die Primäreinkommen pro Kopf am niedrigsten lagen, sorgte die Umverteilung für eine spürbare Angleichung an die „Spitzenreiter“, so z.B. im Saarland (von 87,8 auf 93,1% des westdeutschen Durchschnitts), in Niedersachsen (von 90,6 auf 93,9%) oder in Schleswig-Holstein (von 91,9 auf 94,6%). Baden-Württemberg (beim Primäreinkommen noch an zweiter Stelle), Hessen und Bayern verloren im Zuge der Umverteilung jeweils etwa 3 Prozentpunkte gegenüber dem westdeutschen Durchschnitt.

Die neuen Bundesländer (Berlin sei hier ausgenommen), die sich beim Primäreinkommen je Einwohner 2003 im Durchschnitt noch

auf 66,5% des Westniveaus befanden, erreichten beim Verfügbaren Pro-Kopf-Einkommen immerhin bereits 81,8% und näherten sich somit um gut 15 Prozentpunkte an die alten Bundesländer an. Alles in allem führt so die Erhebung von (hier: direkten) Steuern und Sozialabgaben einerseits und die Gewährungen von Sozialleistungen andererseits im Rahmen der Solidargemeinschaft zu einer erheblichen Nivellierung der regionalen Einkommensdisparitäten. Bemerkenswert erscheint dabei, dass sich am Ende die gesamten Verfügbaren Einkommen aller Privaten Haushalte in West- und Ostdeutschland zusammengenommen mit 43,2% in ähnlichem Umfang – genau betrachtet sogar etwas stärker – erhöht haben als das Bruttoinlandsprodukt Deutschlands (+41,7%). Die seitens der Steuer- und Beitragszahler oft beklagte Zunahme der Abgabenlast ist damit in vollem Umfang in den Umverteilungsapparat von Staat und Sozialversicherung geflossen.